

Hallo Philipp Benisch,

Ja, wir haben das Schubhaftzentrum in Vordernberg geplant.

Nein, wir können als Planer die ungelöste Frage wie Europa mit Migration umgeht nicht lösen.

Und ja, auch die Frage wie Europa mit Abschiebungen umgeht ändert sich keinen Deut egal in welchen Räumen Schubhaft stattfindet.

Damals, als das Erstaufnahmezentrum Eberau errichtet hätte werden sollen, gab es zu Recht auch unter uns Architekten großen Aufruhr. Die an Kasernen angelehnte Lagerarchitektur, ein Zuschlag gegen alle Vergaberegeln, kein Diskurs mit der Fachöffentlichkeit, was denn so ein Objekt überhaupt leisten können müsste.

Dann ein halbes Jahr später ein offener Wettbewerb mit einem ernsthaften Preisgericht – diesmal kein Aufnahmezentrum, sondern ein Objekt für Schubhaft. Von meiner Zeit als Zivildienstler bei der Caritas kannte ich den Standard, wie momentan mit Asylsuchenden umgegangen wird. Und ich kenne den Standard der Schubhaft, wie er in Österreich praktiziert wurde. Die Auslobung war mit dem Menschenrechtsbeirat abgestimmt, beim Lesen dieser Auslobung schien uns vieles möglich. In dieser Konstellation zuvor beim Projekt zu Recht laut aufschreien und jetzt bei einer ernsthaften Auslobung keine Meinung zu haben – das fanden und finden wir schwer zu argumentieren.

Unser Vorschlag wurde ausgewählt und wurde weitgehend 1:1 verwirklicht.

Was war uns wichtig? Ich erlaube mir dies an drei Beispielen anzureißen.

Erstens sind wir überzeugt, dass Menschen anders miteinander umgehen, wenn Dinge sichtbar sind und nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Auf verschiedensten Ebenen sind bei dem Projekt Dinge sichtbar. Wir finden wie ein Staat mit Menschen umgeht soll für alle sichtbar sein. Ein demokratisches Land hat nichts zu verstecken.

Unser Konzept verlangt zum Beispiel von Beamten dauerhaft in Kontakt mit den Inhaftierten zu sein und sich nicht hinter verspiegelten Scheiben zurückziehen zu können. Und Menschen, die in Kontakt sind, gehen anders miteinander um, als wenn das einzige, das von Schubhäftlingen sichtbar ist, ein Namensschild mit der religiösen Zugehörigkeit vor einer verschlossenen Zelle ist. Dieses neue ausgesetzt und direkt im Kontakt mit Menschen sein, muss eine Organisation, die anderes gewohnt ist, erst einmal leben lernen.

Zweitens haben wir in den letzten Jahren im Projekt erfahren können, auf wie vielen Ebenen der Straf- und Gefängnischarakter bei vielen Beteiligten in Sprache und Denken allgegenwärtig ist. Viele beteiligte Firmen sind spezialisiert bzw. kommen aus dem Gefängnisbau, auch die Auslober waren es gewöhnt, in den - für außen stehende heftigen - technischen Verwahrungstermini zu denken und sprechen. Es war ein langer Überzeugungsprozess, im Projekt eine Sprache und Denke zu etablieren, die von diesen Termini wegführt. Es

gibt zum Beispiel keinen Plan, der in dieser Diktion von uns freigegeben wurde. Und ob dies auch angenommen werden wird und im alltäglichen Leben umgesetzt wird, das interessiert uns und das würden wir gerne weiter verfolgen.

Drittens ist die jetzige Unterbringung in Gefängnissen, die in der Grundsubstanz aus dem 18. oder 19. Jahrhundert sind, einfach nicht einmal ansatzweise tragbar. Stahlrohrstockbetten, kein Zentimeter Würde. Ja wir stehen dazu, alles, was hier an Verbesserung möglich war, wollten wir als Planer möglich machen. Und wenn das heißt, wohnliche, wertige und ja auch dazu stehen wir schöne Materialien zu verwenden, dann ist das auch ein Beitrag. Und wenn es Betten gibt, die man auch in ein Hotel einbauen würde – was spricht dagegen? Und wenn die Wohngruppen jetzt um einiges größer sind, als in der Auslobung vorgesehen, es die Möglichkeit gibt, dass es eben nicht mehr nur Aufenthaltskammerln mit einer zerstörten Couch gibt, sondern einen Wohnbereich wie wir ihn auch in sozialen Einrichtungen vielleicht finden könnten, ja dann ist das ein Beitrag.

Uns war von Anfang wichtig, dass wir das Resultat offen kommunizieren und zur Diskussion zu stellen. Bei hippen Projekten oder bei Projekten in denen die soziale Interaktion im Vordergrund steht da klopft man uns gerne auf die Schulter. Dass dieses Projekt auch kritisch gesehen werden wird, das war uns bewusst. Dabei finden wir, dass genau solche Projekte, wo es so unterschiedliche politische Antworten gibt, ernsthaft bearbeitet gehören. Für „No Border, No Nation“ Menschen wird dies natürlich nie ansatzweise passen, für eine Organisation wie das Innenministerium ist dieses jetzige Objekt mit den Möglichkeiten aber auch mit den Dingen die eben nicht mehr möglich sind in der Benutzung eine riesengroße Herausforderung. Wir glauben dass es nicht egal ist, wer und mit welcher Haltung so ein Projekt bearbeitet. Politisch tätig zu sein davor haben wir großen Respekt, konkret im Diskurs Dinge zu verändern, das ist so finden wir auch ein Weg.

Herzlichen Gruß – Michael Anhammer für SUE Architekten